

Roland Benedikter

Eurozilla?

Europa als Feindbild



Roland Benedikter

(* 1965) ist Europäischer Stiftungsprofessor für Politische Soziologie in Residence am Orfalea Center for Global and International Studies der University of California at Santa Barbara und am Europa Zentrum der Stanford Universität.

rben@stanford.edu

Seit Beginn des Kampfes um die Präsidentschaftskandidatur der Republikaner 2012 bekommt man den Eindruck, dass sich eine neue und gleichzeitig altbekannte Rhetorik durchsetzt: Europa wird zum abschreckenden Beispiel stilisiert. Die Vereinigten Staaten drohen sich in »Obamaland« zu verwandeln, einer Art »Horror-Euro-Disneyland«, hoffnungslos verdammt dazu zusammenzubrechen.

Glaut man den Aussagen der republikanischen Amtsanwärter, und hierin waren sich alle einig, dann befindet sich Europa in jeglicher Hinsicht auf dem Holzweg: wirtschaftlich, politisch und kulturell, technologisch sowie demografisch. Barack Obama wird als (freiwilliger oder unfreiwilliger) Diener Europas dargestellt, der unermüdlich versucht die Fehler der alten Welt in die neue Welt zu übertragen.

In ihrem Kampf gegen einen übermächtigen Feind versuchen die Republikaner auf allen nur erdenklichen Feldern zu punkten: beim Thema Leistungsbereitschaft, bei der Frage nach der Führungskraft, der Jugendlichkeit, der Redegewandtheit, der Bildung sowie in Sachen Intellekt, Sprachkompetenz, Familie und Geisteswitz. Zu allen Themengebieten spielen sie die, ihrer Meinung nach, stärkste – tatsächlich aber auch sehr primitive und durchschaubare – rhetorische Karte: die des »Antieuropäismus«. So wird versucht, einen neuen populären Mythos zu kreieren, der auf einer ganz simplen Gleichung basiert: Obama ist Europa, nicht Amerika. Europa bedeutet Verdammnis. Daraus folgt natürlich: Obama bedeutet Verdammnis.

Tatsächlich ist aber diese, auf dass Negative reduzierte, Darstellung Europas als Stilmittel im amerikanischen Populismus (und seiner Propaganda) nicht wirklich neu. Bereits in den Präsidentschaftswahlen 2008 wurde mit dem Schreckgespenst vom »Alten Europa« gespielt; hauptsächlich auf Seiten der Republikaner, auch wenn die Gruselgeschichten bei einigen Demokraten ebenfalls ihr Ziel erreichten.

Europa wurde so schon immer unterstellt, was sich jetzt endlich zu bewahrheiten scheint: eine grundlegend falsche politische Richtung nämlich, die sich nun in deren Folgen – Schuldenkrise, Eurokrise, Krise des Wohlfahrtsstaats sowie Krise der europäischen Gesundheitssysteme – offenbart. Als weitere Indikatoren für eine verfehlte Politik werden die Krise der europäischen Institutionen samt ihrer Politik, und nicht zuletzt die immer größer werdenden Risse zwischen dem Vereinigten Königreich und Kontinentaleuropa angeführt. Zusätzlich schürte bei vielen Amerikanern das Scheitern von Merkel und

Sarkozy bezüglich des Versuchs der Errichtung einer internationalen Transaktionssteuer sowie einer Reform des europäischen Steuer- und Bankensystems weiteres Misstrauen.

Nach Meinung des designierten republikanischen Präsidentschaftskandidaten Mitt Romney ist der europäische Führungsstil (oder besser: der »europäische Geist«) schuld an all den Fehlern, die zur gegenwärtigen Krise führten, beziehungsweise auch noch zu möglichen weiteren Krisen in der Zukunft führen könnten. Europa, einstiger Kolonialherr Amerikas, muss also auch den Grundstein für all das gelegt haben, was gegenwärtig in den USA aus dem Ruder läuft, so die republikanische Argumentation. Irgendwo tief im »unbesiegbaren Geist des Fortschritts«, der Kernüberzeugung der amerikanischen Gesellschaft, muss dieser alte europäische »Fehlmechanismus« versteckt sein, der von innen heraus die Vereinigten Staaten untergräbt. So zumindest versucht es die Republikanische Partei der Öffentlichkeit zu verkaufen und spielt auf diese Weise mit alten anti-kolonialen Ressentiments und revanchistischen Anspielungen gegenüber der Alten Welt.

Vier Widersprüchlichkeiten in der Argumentation

Aber schon auf den ersten Blick werden vier Widersprüche innerhalb des Europabildes der Republikaner deutlich.

Erstens behaupten die Republikaner *die* Experten hinsichtlich der Wirtschaftspolitik zu sein. Sie kritisieren die Europäer für ihr Verhalten in der Finanz- und Schuldenkrise und Obama für seine angebliche Inkompetenz in wirtschaftlichen und finanziellen Fragen. Offensichtlich sind sie sich aber nicht darüber im Klaren, dass einige der größten Lobbyisten der Republikanischen Partei, beispielsweise der U.S. Money Market Mutual Funds, bereits seit Februar 2012 wieder massiv in europäische Staatsanleihen investieren. Wie es scheint, glauben diese Unternehmen fest an Europas mittel- wie langfristige Stabilität; an Europas Infrastruktur, sein Wachstum und auch an seine demografische Zukunft. Tatsächlich geben sie diese Zuversicht aber nicht an die republikanischen Repräsentanten im Capitol weiter.

»Ist Mitt Romneys Europa-Bashing erfolgreich und versprechend?«

Zweitens fordert Romney eigentlich dieselbe Austeritätspolitik, die die europäischen Regierungen gegenwärtig ausüben. Im Speziellen bedeutet das weniger Regierungsinitiative auf dem freien Markt, eine Kürzung der staatlichen Ausgaben und die Verringerung der Staatsverschuldung. Es wirkt schon eigenartig, wenn auf der einen Seite behauptet wird, Europa würde im Umgang mit der Krise alles falsch machen, auf der anderen Seite aber gleichzeitig die Kernpunkte der eigenen Austeritätsstrategie in Frage gestellt werden. Oder, wie es kürzlich der konservative *Christian Science Monitor* formuliert hat: »Is Mitt Romneys Europe-bashing well placed?«

Drittens liegt der größte Widerspruch in der außenpolitischen Orientierung der Republikaner. Während sie einerseits eine exzessive Europa-Schelte betreibt, steht die Partei andererseits tatsächlich viel mehr für die transatlantischen Beziehungen ein als dies die Obama-Administration tut. War George

W. Bush der wohl letzte traditionelle »Atlantiker«, der seine außenpolitische Strategie stark an den klassischen Beziehungen zwischen den USA und Europa orientierte, so ist die neue »Asia First«-Strategie von Präsident Obama viel mehr in Richtung des pazifischen Raums gerichtet. Obama wertet die Signifikanz Europas für viele Entscheidungen eher ab und spielt sie herunter, sodass der Satz »loss of importance of Europe« fast schon zum Mantra seiner Regierung geworden ist.

Vor diesem Hintergrund wirkt es nur noch paradoxer, dass Bush der meist-gehasste US-Präsident in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg war, während Obama der beliebteste ist. Viele Europäer scheinen sich nur sehr unreflektiert mit letzterem zu identifizieren, offensichtlich ohne sich dabei klar zu machen, dass seiner Meinung nach die Zukunft der USA im Pazifik und nicht mehr im Atlantik liegt. Es ist ein offenes Geheimnis, dass Obama nicht viel Zeit an Beratungen mit europäischen Regierungen verschwenden will. In einer zunehmend multi-polaren Welt mit aufstrebenden Big-Playern wie China und Indien, sowie der schnellen Entstehung von »neuen großen« geopolitischen Regionen, wie Südamerika oder Afrika, verlieren die Europäer, die nicht mit einer einheitlichen Stimme sprechen, schnell an Einfluss. So war es beispielsweise kein Versehen, als Obama im Mai 2010 mit einer langjährigen Tradition brach und nicht am EU-USA-Gipfel in Spanien teilnahm und somit ganz Europa vor den Kopf stieß. Erst durch die Presse hatten die europäischen Delegierten erfahren, dass Obama keine Zeit habe sich mit »führungs- und entscheidungsschwachen« Regierungsvertretern zu treffen. Aus dieser Perspektive heraus wirken die Republikaner, trotz ihres offen propagierten Antieuropäismus, sehr viel traditioneller hinsichtlich der außenpolitischen Strategie in Verbindung mit Europa; jedenfalls viel mehr als die Demokraten in Washington.

Diese drei Paradoxien sind letztendlich in einen vierten Widerspruch eingebettet, einen noch weiter reichenderen, der nicht mehr nur ein republikanischer ist: Um sich gegen die Vorwürfe zu wehren, er sei der »Europäisierer Amerikas«, sieht sich Obama immer öfter dazu gezwungen, sich von Europa zu distanzieren und es zu kritisieren, was letztlich dazu führt, dass er es zeitweise sogar öffentlich demütigt.

Die Abwertung Europas und deren Folgen

Angesichts der aktuellen Weltwirtschaftskrise dürfte alles in allem durchaus ein bisschen Wahrheit in der Aussage liegen, dass die Differenzen zwischen Europa und den USA weiter wachsen. Der deutsche Ordoliberalismus steht tatsächlich der aktuellen amerikanischen Ausgabenpolitik entgegen. Und Frankreichs neue restriktive Einwanderungspolitik könnte nicht weiter von der, im Grunde immer noch sehr offenen, amerikanischen Einwanderungsphilosophie entfernt sein (von Einzelstaaten wie Arizona einmal abgesehen). Es ist sicherlich auch richtig, dass sich die USA aufgrund der neuen wirtschaftlichen, politischen und demografischen Verschiebungen immer mehr in Richtung Pazifikraum bewegen, während Europa, in einer zunehmend multi-polaren Welt, an Einfluss zu verlieren scheint. Trotz des anhaltenden Erfolgs amerikanischer

Populärkultur in Europa, scheint es zwischen Amerika und dem alten Kontinent einen wachsenden Graben zu geben. Dieses kulturelle Auseinanderdriften macht sich vor allem auf den Ebenen der Religion, der Sozialpsychologie sowie in der generellen Wertauffassung bemerkbar.

Eines sollte aber nicht vergessen werden: Nicht die Orientierung in Richtung Pazifik sondern die transatlantischen Beziehungen ließen die offenste und am stärksten individualisierte Gesellschaft der Welt entstehen. Es würde wohl niemand der Aussage widersprechen, dass die USA einiges riskieren würden, wenn sie sich zu stark in Richtung Pazifik bewegten. Die damit verbundene Gefahr, dass Amerika so seine Wurzeln in der westlichen Kultur, im westlichen Denken, in seiner Geschichte sowie seinen politischen Systemen und Institutionen vergessen und verlieren würde, wäre groß. Momentan steht in den USA das Wort »Pazifik« als Synonym für »positiv«, für »Zukunft«; »Atlantik« hingegen wird mit »negativ«, mit »Rückschritt« in Verbindung gebracht. Jedoch erscheinen diese Klischees als eine viel zu simple Wahrheit.

Das in den USA tatsächlich existente Paradox in Hinblick auf Europa ist aber Folgendes: Während Obama keine Gelegenheit auslässt, um seine neue Orientierung in Richtung Pazifik und weg von Europa zu unterstreichen, nutzen die Republikaner weiterhin das »Schreckgespenst Europa«, um Wähler zu verunsichern und auf ihre Seite zu ziehen. So tragen beide Lager dazu bei, die Bedeutung Europas für die USA weiter zu schmälern, auch wenn beide eigentlich unterschiedliche Ziele verfolgen. Dabei könnte es gut sein, dass sich weder Demokraten noch Republikaner wirklich im Klaren darüber sind, was sie da eigentlich tun. Die Abwertung Europas könnte letzten Endes nämlich auf Kosten Amerikas gehen. Während der amerikanische Präsident in seiner Distanz zu Europa ein riskantes Spiel auf der Grundlage eines kurzlebigen, gerade in Mode gekommenen, Zeitgeistes spielt, wussten es die Republikaner nicht zu verstehen, diese einmalige Gelegenheit zu nutzen und sich gegen diesen Trend zu stellen. Davon ausgehend, dass die US-Regierung sowohl mittel- als auch langfristig nicht auf Europa setzt (weder um außenpolitische Strategien zu rechtfertigen, noch um sich innenpolitisch positiv davon abzusetzen), sondern sich vielmehr darauf konzentriert, die Verbindungen mit ihren demokratischen Alliierten im Pazifikraum zu festigen, hätten die Republikaner folglich die Möglichkeit ihr Profil zu stärken, indem sie sich *für* Europa engagierten und nicht dagegen. Wann, wenn überhaupt, wird die Republikanische Partei, die zunehmend unter dem Einfluss der Tea Party-Bewegung steht, das endlich begreifen?

Wenn die Republikaner mit ihrer pauschalen Schelte gegenüber Europa fortfahren und so weiterhin künstlich kulturelle wie politische Gräben zwischen den USA und Europa ausheben, könnte aus diesen Szenarien, zum Zwecke der Wahlpropaganda, schnell Wirklichkeit werden. Dies wäre sicherlich etwas, was niemand, jenseits oder diesseits des Atlantiks, bezwecken würde. Nach dem in dieser Hinsicht desaströsen Vorwahlkampf 2012 ist es nötig, zwischen den USA und Europa wieder ein positiveres Bild voneinander herzustellen, oder besser: neu aufzubauen. Nur auf diesem Wege werden die transatlantischen Partner die gemeinsamen Herausforderungen in Zukunft meistern können.

(Aus dem Englischen übersetzt von Julian Heidenreich)